

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

#### **Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

Sitzungsleitung: OB Dr. Zinell

Anwesend: Banholzer  
Bauknecht  
Bendigkei  
Böhler  
Brantner  
Flaig  
Hettich  
Khazzoum  
Pfundstein  
Roth  
Schneider  
Teufel (bis 21.15 Uhr)  
Dr. Winter  
Fahrner  
Dr. Günter (ab 17.45 Uhr)  
Klaussner  
Much  
Ringl-Klank  
Aberle (ab 16.30 Uhr)  
Dein  
Dr. Heinrich (ab 17.00)  
Neudeck  
Rapp  
Steidinger  
Himmelheber  
Richter  
Rohrer

Mit beratender Stimme: Ortsvorsteher Köser  
Ortsvorsteherin Schmid

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

#### Tagesordnung:

1. Einbringen des Haushalts 2009 – 1. Lesung
2. Bildung des Gemeindewahlausschusses – Nachwahl
3. Bäderprojekt
4. Einwohnerfragestunde
5. Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16.00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.25 Uhr

Die Beratung umfasst die §§ 84 bis 88

Zur Beurkundung

Vorsitzender:

Gemeinderat:

Schriftführer:

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 1. Seite

#### **Einbringen des Haushalts 2009 – 1. Lesung**

**Beratungsgrundlagen: Vorlagen Nr. 222/2008, 223/2008 (gelbes Buch),  
224/2008 (blaues Buch), 226/2008**

OB Dr. Zinell:

bringt den Haushaltsentwurf ein. Das Redemanuskript ist in der Anlage beigefügt.

Herr Hug:

erläutert die Vorlagen. Die Präsentation ist in der Anlage beigefügt.

StR Flaig:

Im Vortrag von Herrn Hug sei beispielsweise die Senkung der Kreisumlage spezifiziert worden. Die höheren Steuereinnahmen seien nicht beziffert worden.

Herr Hug:

Man rechne nach wie vor, wie im Zwischenbericht dargestellt, mit 2,4 Mio. € höheren Einnahmen.

OB Dr. Zinell:

Im Moment gehe man von einer Erhöhung aus. Man könne aber definitiv nicht sagen, ob Rückzahlungen erforderlich seien, wengleich man derzeit bei den Planungen weder Rückzahlungen noch Anpassungen der Vorauszahlungen unterstellt habe. Im Moment sei die Einnahmesituation nach wie vor positiv. Er sei zuversichtlich, dass 2009 in dieser Hinsicht ein gutes Jahr werde. Für den Zeitraum danach seien die Vorzeichen aber deutlich negativ.

StR Fahrner:

Es sei erfreulich, dass es in Schramberg so gute Aussichten im Hinblick auf die Gewerbesteuer gebe. Er verweist auf Zeitungsberichte, wonach man bei der Stadt Stuttgart davon ausgehe, dass die Gewerbesteuer von 600 Mio. € auf 400 Mio. € zurück gehen werde.

OB Dr. Zinell:

Die Situation der Stadt Stuttgart sei eine spezielle. Stuttgart sei Bankenplatz und bekomme deutlich die Folgen der Finanzmarktkrise zu spüren. Einbrüche in Folge einer Krise in der so genannten Realwirtschaft könnten zusätzlich noch kommen. Letztere träfen Schramberg vermutlich hart.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 2. Seite

#### **Personalhaushalt**

##### Frau Vogel:

erläutert die Vorlage zum Personalhaushalt. Die für den Fachbereich Umwelt und Technik vorgesehenen Stellen sollen mit Sperrvermerk ausgebracht werden bis die Neukonzeption steht.

##### StR Banholzer:

Die neuen Stellen seien aufgezeigt und insoweit unstrittig. An vielen Stellen im Haushalt gebe es deutliche Veränderungen bei den Personalkosten, ohne dass sich die Zahl der Stellen verändere. Er zeigt Beispiele auf.

##### Frau Vogel:

verweist darauf, dass es bei den aufgezeigten Stellen wegen Altersteilzeit zu Mehrausgaben kommt, weil Mitarbeiter in die Freizeitphase eingetreten sind oder eintreten und die Stelle wieder zu besetzen war oder ist.

##### StR Neudeck:

fragt nach der einkalkulierten Tarifierhöhung. Diese stehe ja durch den letztjährigen Abschluss für die Beschäftigten fest.

##### Frau Vogel:

Man habe bei den Beschäftigten die vereinbarte Tarifierhöhung von 2,8% und die vereinbarte Einmalzahlung eingerechnet.

##### StR Flaig:

verweist auf den Ansatz für die leistungsorientierte Bezahlung, der ja nun nicht erhöht wurde, sondern nach dem Tarifvertrag weiter bei 1% der Lohnsumme liege. Er fragt an, wie die Verwaltung das Verhältnis zwischen dem Ertrag für die Mitarbeiter und dem Aufwand für die Festsetzung und Ermittlung der Prämien für die Mitarbeiter einschätzt.

##### OB Dr. Zinell:

Bei einem Betrag in Höhe von 1% der Lohnsumme könne man in der Tat Zweifel hegen. Die leistungsorientierte Bezahlung sei andererseits im Tarifvertrag geregelt. Die Mitarbeiter hätten einen Anspruch auf diese Mittel. Der finanzielle Ertrag für den einzelnen Mitarbeiter stehe aber in keinem Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Positiv sei allerdings zu werten, dass künftig so genannte Mitarbeitergespräche zu führen sind.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 3. Seite

Frau Vogel:

erläutert die Verpflichtung zur Umsetzung der leistungsorientierten Bezahlung. Man habe hinsichtlich des Aufwandes bislang noch keine Erfahrungen und werde nach Abschluss der ersten Runde wieder berichten.

StR Banholzer:

bittet um Erläuterung der Veränderungen im Stellenplan im Bereich des Fachbereichs Umwelt und Technik

Frau Vogel:

erläutert die einzelnen Stellen und die Veränderungen

Der Gemeinderat beschließt den vorgelegten Personalhaushalt einstimmig mit der Maßgabe, dass die im Fachbereich Umwelt und Technik neu aufgenommenen Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen sind.

### Zuschussanträge

#### **Antrag des Vereins „Frauen helfen Frauen“:**

StR Himmelheber:

stellt den Antrag, dass Mittel eingesetzt werden.

Herr Kammerer:

verweist darauf, dass man in der Beratung im Verwaltungsausschuss so verblieben sei, dass die Stadt auf den Landkreis zugehen solle. Dort liege ebenfalls ein Förderantrag des Vereins vor, über den der Kreistag zu beschließen habe. Die Kreisverwaltung habe eine ablehnende Haltung.

StR Richter:

Er sei davon ausgegangen, dass eine Regelung mit dem Landkreis erst für das Jahr 2010 angestrebt sei und die Stadt für das Jahr 2009 eine Förderung bewillige. Er stellt den Antrag, den Verein mit 4000 € zu fördern. Hilfsweise stellt er den Antrag auf Veranschlagung einer Förderung in Höhe von 3500 €.

OB Dr. Zinell:

verweist auf seine Aussagen im Verwaltungsausschuss und rät an, im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen angesichts der Risiken für den Haushalt vorsichtig zu sein.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 4. Seite

StR Neudeck:

Man habe im Verwaltungsausschuss einen klaren Beschluss gefasst. In der Zwischenzeit sei keine Meinungsänderung erfolgt.

OB Dr. Zinell:

Es sei im Verwaltungsausschuss kein förmlicher Beschluss gefasst worden. Er gibt zu bedenken, dass man in den vergangenen Jahren auch Anträge anderer Organisationen mit einem vergleichbaren Engagement für öffentliche Zwecke abgelehnt habe.

StR Banholzer:

Wenn man jetzt den Antrag bewillige, dann würde man dem Kreistag signalisieren, dass die Stadt ihre Initiative in Richtung Landkreis nicht ernst nehmen würde. Diese Vorgehensweise wäre nicht klug. Er bittet StR Richter daher seine Anträge zurück zu nehmen. Im Übrigen teilt er die Meinung des Oberbürgermeisters.

StR Himmelheber:

erläutert die Position der Kreisverwaltung zu diesem Antrag. Wie die Mehrheitsverhältnisse seien, sei davon auszugehen, dass der Antrag im Kreistag abgelehnt werde.

StR Richter:

erläutert die Notwendigkeit der Förderung. Die Stadt Rottweil fördere den Verein ebenfalls mit dem Betrag von 3.500 €. Es gehe ihm nur um das Jahr 2009. Es gehe nicht um eine Festlegung für spätere Jahre.

OB Dr. Zinell:

fordert Gleichbehandlung ein. Der gleiche Gemeinderat, der diesem Antrag zustimmen solle, habe eine Förderung für den Betreuungsverein abgelehnt, dessen Anliegen sicherlich ein vergleichbares Gewicht habe.

StR Richter:

Dann solle man den Betreuungsverein auch fördern. Immer, wenn es um soziale Leistungen gehe, tue man sich auch bei verhältnismäßig kleinen Beträgen schwer.

StR Neudeck:

Von der Taktik her sei es sicherlich klüger, die Entscheidung des Landkreises abzuwarten.

StR Banholzer:

Man solle nun nicht den Eindruck erwecken, dass einige mehr für soziale Hilfen übrig hätten als andere. Von der Zielsetzung des Vereines her handle es sich um eine Aufgabe des Landkreises.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 5. Seite

StR Fahrner:

Es gehe nicht um die Anerkennung der Notwendigkeit und der Leistung des Vereins. Es gehe um die Zuständigkeit des Landkreises. Dort müsse man Druck machen.

OB Dr. Zinell:

Nach der Sitzung des Verwaltungsausschusses des Landkreises sei die Richtung beim Landkreis bekannt. Man könne das Thema also auf die zweite Beratung des Haushalts vertagen.

Es wird einvernehmlich festgelegt, die Entscheidung über die Förderung des Vereines „Frauen helfen Frauen“ auf die nächste Sitzung des Gemeinderates am 4. Dezember 2008 zu vertagen.

#### **Antrag des BAZ**

OB Dr. Zinell:

Es gebe Veränderungen beim BAZ. Man könne sich deshalb auch vorstellen, den Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

StR Fahrner:

zeigt auf, wie der Förderverein durch die Rechtslage ausgebremst ist, das Anliegen zu unterstützen. Angesichts des Bedarfs an Förderung sei dies nicht nachzuvollziehen.

OB Dr. Zinell:

Es handle sich um zwei Komplexe. Der eine sei, dass ein gemeinnütziger Förderverein die gGmbH nicht finanziell unterstützen dürfe. Der andere sei, dass das BAZ wie jedes Jahr einen Förderantrag bei der Stadt gestellt habe. Wenn es beim BAZ Veränderungen dergestalt geben sollte, dass der Förderzweck in unserer Stadt nicht mehr gewährleistet wäre, müsse man auch über die Förderung diskutieren.

Der Gemeinderat beschließt, dass der vorgeschlagene Zuschussbetrag für das BAZ mit einem Sperrvermerk versehen wird.

StR Banholzer:

fragt generell an, auf welcher Grundlage Zuschüsse an Vereine ausbezahlt werden.

Herr Kammerer:

Vor der Auszahlung von Investitionszuschüssen an Vereine und Organisationen werde verlangt, dass Rechnungen vorgelegt werden.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 6. Seite

#### **Antrag des Akkordeonorchesters Tennenbronn**

StR Flaig:

fragt an, ob bislang die Anschaffung von Notenständern auch schon bezuschusst worden sei.

Herr Kammerer:

Dies sei unterschiedlich gehandhabt worden.

StR Flaig:

bittet um Verschiebung in den Verwaltungsausschuss und um einen konkreteren Bericht über die bisherige Praxis.

#### **Antrag Bläserklasse**

OB Dr. Zinell:

Was die Förderung von Bläserklassen anbelange, solle heute noch kein Beschluss gefasst werden. Es sei vorgesehen, das Thema in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses grundlegender zu beraten.

StR Banholzer:

fragt, inwieweit die Musikschule einbezogen sei.

OB Dr. Zinell:

verweist auf die Beratung im Verwaltungsausschuss.

#### **Antrag Bibelwelten**

StR Banholzer:

Hier werde ein neuer Weg beschritten. Bisher habe man verlangt, dass Anträge im Voraus gestellt werden, und verspätet eingegangene Anträge abgelehnt. Hier sei die Maßnahme bereits abgeschlossen. Dies könne zu Problemen führen. Die Sache an sich sei zweifelsohne positiv zu sehen.

Herr Kammerer:

Die Maßnahme sei in der Tat bereits ausgeführt, aber noch nicht finanziert.

StR Banholzer:

verweist darauf, dass Landeszuschüsse gewährt worden seien.



## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 7. Seite

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:  
Der Förderantrag wird abgelehnt.

#### **Antrag für ein Buch „Fasnet in Schramberg“**

StR Flaig:

bittet um Verweisung in den Verwaltungsausschuss und um Vorstellung der Konzeption. Wichtig sei, dass es sich nicht um ein Jubiläumsbuch handle, weil man auch hier die Problematik der Gleichbehandlung sehen müsse.

OB Dr. Zinell:

sagt Beratung im Verwaltungsausschuss zu.

#### **Antrag der Schützengesellschaft**

StR Roth:

fragt, ob die Anlagen im Eigentum der Stadt stehen.

Herr Kammerer:

Nach Prüfung des Vertrags zwischen Stadt und Schützengesellschaft sei er zum Ergebnis gekommen, dass die Anlagen Eigentum des Vereines sind.

OB Dr. Zinell:

bestätigt diese Auffassung.

StR Roth:

fragt nach der Haltung des Vereines.

Herr Kammerer:

Der Verein sehe die Sache anders. Der Verein sei der Ansicht, dass die Investitionen Sache der Stadt seien.

StR Roth:

Im Antrag sei aufgeführt, dass auch Eigenleistungen bezuschusst werden sollen. Er fragt, ob dies bisher auch schon so erfolgt sei.

Herr Kammerer:

Es sei Praxis, dass auch Eigenleistungen bezuschusst würden.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 8. Seite

#### **Antrag Kindergärten:**

StR Brantner:

fragt nach, ob Plätze in Kindergärten auf Sicht in diesem Umfang benötigt würden.

Herr Kammerer:

bestätigt, dass Bedarf so hoch sein wird.

#### **Antrag Musikverein Waldmössingen**

StR Banholzer:

Es sei wohl neu, dass auch Fasnachtsuniformen gefördert werden sollen.

OV Schmid:

Ihr sei die bisherige Praxis nicht bekannt gewesen. Der Antrag werde daher entsprechend reduziert.

#### **Antrag Vereinsring Waldmössingen**

StR Banholzer:

fragt an, ob die Beschaffung des Vorhangs nicht eher Sache der Stadt sei.

OV Schmid:

Der Vereinsring habe sich entschieden, sich selbst zu engagieren, weil man ansonsten eine Beschaffung in 2009 nicht gewährleistet sah.

StR Banholzer:

stellt den Antrag, dass die Stadt den Vorhang beschafft.

StR Neudeck:

In der Festhalle Sulgen sei der Vorhang auch von der Stadt beschafft worden. Er unterstützt daher den Antrag von StR Banholzer

StR Fahrner:

unterstützt den Antrag ebenfalls.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der beantragte Bühnenvorhang für die Kastelhalle soll durch die Stadt beschafft werden.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 9. Seite

#### **Vereinsförderung Tennenbronn**

##### StR Flaig:

Im vergangenen Jahr sei vereinbart worden, dass die Vereinsförderrichtlinien bis zur jetzigen Haushaltsberatung vorliegen. Dies sei nun nicht der Fall. In Tennenbronn gebe es damit weiter Unsicherheit hinsichtlich des Vorgehens und der Aufteilung der Mittel. Es stelle sich die Frage, ob man mit der Festlegung nicht abwarten soll, wie der Ortschaftsrat die Sache sieht.

##### OB Dr. Zinell:

Man sei bisher nach den Richtlinien der Stadt verfahren. Wenn man jetzt davon abweiche, um dann später mit den neuen Vereinsförderrichtlinien wieder eine neue Regelung zu bringen, bewirke das eine Verunsicherung.

##### OV Köser:

rät ebenfalls an, die bisherige Praxis zu beschließen.

#### **Verwaltungshaushalt**

##### **0300.26101**

##### StR Banholzer:

Der Ansatz für die Säumniszuschläge und Mahngebühren sei erheblich reduziert worden.

##### Herr Hug:

Die hänge mit größeren Gewerbesteuerforderungen im vergangenen Jahr zusammen.

##### **0200.5429**

##### StR Brantner:

bittet um Erläuterung der Steigerungen bei den Reinigungskosten.

##### Herr Moser:

verweist darauf, dass ein Bereich, der bislang durch eigenes Personal gereinigt worden sei, zwischenzeitlich im Werkvertrag gereinigt werde. Er verweist auf entsprechende Reduzierungen bei den Personalkosten.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

#### Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27

---

§ 84, 10. Seite

StR Brantner:

regt an, solche Veränderungen bei der Personalübersicht aufzunehmen.

Herr Moser:

Es handle sich um Veränderungen, die sich während des Jahres ergeben hätten. Die Personalübersicht solle die wesentlichen Ursachen für die Veränderung der Personalausgaben angeben und insbesondere auch Vorschläge für neue Stellen aufzeigen.

#### **0200.0620**

Herr Moser:

Durch ein Missverständnis sei hier im Entwurf ein falscher Ansatz enthalten. Statt 44.000 € müssten 77.000 € veranschlagt werden. Dies hänge damit zusammen, dass man Kopier- und Druckkosten für alle Einrichtungen auf dieser Stelle veranschlage. Im Gegenzug habe man auch eine entsprechende Einnahme veranschlagt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Ansatz auf 77.000 € zu korrigieren.

#### **2915.5720**

StR Dr. Günter:

Der Ansatz für den Einkauf von Essen steige, wie auch für die Betreuung der Mensa insgesamt. Er bittet um Erläuterung.

Herr Kammerer:

Mit dem Wechsel des Caterers habe es auch eine deutlich gestiegene Nachfrage gegeben. Deshalb sei auch der Ansatz für die Einnahmen aus Verkauf deutlich erhöht worden.

#### **EP 2 Schulen – generell**

StR Himmelheber:

bittet um Erläuterung, weshalb sich die Stromkosten speziell an den Schulen so deutlich erhöhen.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

#### Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27

---

§ 84, 11. Seite

Herr Krause:

Dies hänge zum einen mit der umfangreicheren Ausstattung zusammen. Insbesondere im EDV-Bereich habe es zusätzliche Beschaffungen und Einrichtungen gegeben. Er erläutert weitere Faktoren, die einen höheren Strombedarf verursachen.

**3600.5100**

StRin Ringl-Klank:

bittet um Erläuterung der Ausgabensteigerung für „Pflegekosten Sukzessionsflächen“. Zugleich soll der Zuschuss an den Landschaftserhaltungsverband verdoppelt werden.

OB Dr. Zinell:

Die Erhöhung des Zuschusses sei die Umsetzung eines Beschlusses im Verwaltungsausschuss.

Herr Rosenbohm:

zeigt auf, dass die zu pflegenden Flächen ständig zunehmen.

StR Banholzer:

Die Antwort sei nicht befriedigend. Er fragt an, inwieweit der Bauhof in diese Arbeiten eingebunden sei.

Herr Rosenbohm:

Die Pflege erfolge durch Beweidung mit Schafen und Ziegen. Die Stadt gewähre hierfür Zuschüsse.

**3330.1710**

StR Fahrner:

Der Ansatz für die Landeszuschüsse an die Musikschule sei gekürzt worden. Er bittet um Erläuterung.

OB Dr. Zinell:

Das Land habe seine Zuschüsse an die Musikschulen nicht gekürzt. Der geringere Ansatz im städtischen Haushalt habe personalwirtschaftliche Gründe.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 12. Seite

#### **3401.1520**

##### StR Banholzer:

fragt nach, ob die Vereine mit der zwischenzeitlichen Abrechnung für das Haus der Vereine einverstanden seien.

##### Herr Kammerer:

Der Verwaltungsausschuss habe ja beschlossen, die Hausmeisterkosten aus der Abrechnung heraus zu nehmen. Man habe noch kein Ergebnis.

##### OB Dr. Zinell:

Stellt fest, dass die Stadt für die Räumlichkeiten keine Miete verlange, sondern lediglich einen Ersatz der Nebenkosten. Die Vereine könnten die Höhe der Nebenkosten auch über die Inanspruchnahme von Fläche steuern.

#### **UA 4981**

##### StR Banholzer:

Die CDU-Fraktion habe Probleme mit der Art und Weise, wie nach dem Haushaltsentwurf die Familien gefördert werden sollten. In der Politik sei es inzwischen tägliche Übung, dass man den Menschen mit der einen Hand etwas gebe und mit der anderen aber wieder nehme. Zu kritisieren am Ansatz sei vor allem, dass von den 40.000 €, die aufgewendet werden sollen, 11.335 € für Öffentlichkeitsarbeit und Gutscheine aufgewendet werden sollen. Mit diesem Aufwand könne man besser die Kindergartenbeiträge reduzieren. Man müsse sich die Frage stellen, wie man Zuschüsse an Familien geben könne, ohne solch hohen Nebenkosten.

##### OB Dr. Zinell:

schlägt vor, die Ansätze mit einem Sperrvermerk zu versehen. Man solle dann in Ruhe prüfen. In der Tat bestehe kein ausgewogenes Verhältnis zwischen Förderung und Nebenkosten.

##### StR Banholzer:

erklärt für die CDU-Fraktion Einverständnis mit dem Vorschlag.

##### StR Fahrner:

unterstützt den Vorschlag von OB Dr. Zinell ebenfalls. Die Mittel müssten in der Tat anders verteilt und verwendet werden. Hierüber solle man anfangs nächsten Jahres beraten und beschließen.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 13. Seite

#### **4640.7004**

StR Neudeck:

fragt, inwieweit ein Zuschuss für die Kinderkrippe an die Gemeinde Dunningen zu veranschlagen sei, vor dem Hintergrund, dass eigene Krippenplätze geschaffen werden sollen.

Herr Kammerer:

Es gebe bereits jetzt Kinder aus Schramberg, die die Kinderkrippe in Dunningen besuchten.

OB Dr. Zinell:

Die Stadt Schramberg zahle nach der Inanspruchnahme von Plätzen.

#### **6750.5104**

StR Neudeck:

bittet um Erläuterung der vorgesehenen Spezialreinigung von Straßen

OB Dr. Zinell:

Man wolle in einem Teilbereich Versuche starten, um öffentliche Straßen- und Wegeflächen beispielsweise von Kaugummiresten u.ä. zu reinigen. Insofern handle es sich um eine Sonderreinigung.

#### **UA 7233**

StR Fahrner:

bittet um Erläuterung der Veränderung von Ansätzen für die Erddeponie Rodelsberg.

Herr Rosenbohm:

Die Erddeponie werde noch betrieben. Nachdem die Stadt zunächst keine andere Alternative anbieten könne, gehe man von einer stärkeren Inanspruchnahme aus und habe deshalb auch höhere Gebühren, aber auch höhere Ausgaben für den Betrieb angesetzt.

#### **9000.0325**

StR Dr. Günter:

bittet um Erläuterung des Ansatzes für Einnahmen aus dem Schafpferch.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 14. Seite

OV Schmid:  
erläutert den Ansatz

#### **9100.8600**

StR Dr. Günter:  
fragt, weshalb die allgemeinen Zuweisungen im Entwurf mit 0 € veranschlagt seien.

Herr Hug:  
Verweist auf Seite 1 des gelben Buches, wo die Zuführungsrate mit 4.343.363 € aufgeführt sei. Man habe diesen Betrag noch nicht eingesetzt, weil dieser sich, abhängig von der weiteren Beratung verändern könne.

#### **9100.2071**

StR Dr. Günter:  
fragt, was sich hinter dem Ansatz „Zinseinnahmen von privaten UN“ verberge.

Herr Hug:  
Es gehe um Zinsen aus einem Darlehen der Stadt an die Stadtwerke.

### **Vermögenshaushalt**

StR Brantner:  
bittet zu prüfen, inwieweit Ausgaben, die nun im Vermögenshaushalt vorgesehen seien, eigentlich im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen seien. Er verweist auf die Verwaltungsvorschrift über Gliederung und Gruppierung. Maßnahmen zur Erhaltung, wie z.B. Sanierung, der Austausch von Fenstern und Instandhaltung seien wie in der Doppik auch nicht als Investition zu werten.

Herr Hug:  
Im Vermögenshaushalt seien grundsätzlich nur Investitionen und Investitionszuschüsse zu veranschlagen. Es gebe aber Überschneidungen. Man habe in den früheren Jahren, als der Haushaltsausgleich etwas problematischer war, mit der Abgrenzung mehr Probleme gehabt.



## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 15. Seite

Herr Neudeck:

fragt nach den Auswirkungen einer anderen Abgrenzung.

OB Dr. Zinell:

Die Zuführungsrate würde sich reduzieren.

#### **1210.0102**

StR Banholzer:

Die CDU-Fraktion habe in der Klausurtagung beschlossen, die Prioritäten etwas anders setzen zu wollen, als die im Verwaltungsvorschlag der Fall sei. Es gebe nun drei Möglichkeiten der Vorgehensweise. Man könne zusätzliche Maßnahmen vorschlagen mit dem Ergebnis, dass sich das Ausgabenvolumen erhöht. Man könne Maßnahmen vorschlagen und der Verwaltung den Auftrag geben, zur Kompensation Einsparmöglichkeiten zu suchen. Man könne aber auch zusätzliche Maßnahmen vorschlagen und selbst Vorschläge für Einsparungen zur Kompensation machen. Die CDU-Fraktion habe sich für letzteres entschieden. Zur vorliegenden Haushaltstelle beantrage er, die Mittel zu streichen. Es stelle ich die Frage, diese Mittel für Gebäudesanierungen, insbesondere für Fenstersanierungen und andere Maßnahmen zur Energieeinsparung einzusetzen.

Herr Krause:

Er habe grundsätzlich nichts gegen den Vorschlag, wenn der Ansatz für Gebäudeunterhaltung dann auch in diesem Umfang erhöht werde. Größtenteils habe man die Mittel ohnehin für solche Zwecke verwendet.

StR Banholzer:

verweist darauf, dass die Ansätze für Gebäudeunterhaltung um 10% erhöht worden sind.

Herr Krause:

zeigt die Notwendigkeit auf.

StR Banholzer:

Ist einverstanden mit Verschiebung der Mittel für die Gebäudeunterhaltung.

StR Fahrner:

hat die Besorgnis, dass die Mittel nicht mehr explizit für Energiesparmaßnahmen verwendet werden, wenn sie in den Topf Gebäudeunterhaltung kommen.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 16. Seite

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:  
Der Ansatz mit 25.000 € wird gestrichen. Die Mittel für die Gebäudeunterhaltung werden um 25.000 € erhöht.

#### **1310.0301**

##### StR Flaig:

Das Projekt „Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Feuerwehr-Abteilung Sulgen“ sei unstrittig. Die dafür veranschlagte Summe sei allerdings nicht klar. Bislang seien die Kosten des Projekts noch nicht so substantiiert vorgestellt worden, als dass ein solcher Betrag eingestellt werden könnte. Es bestehe also noch erheblicher Informations- und Diskussionsbedarf. Es solle ein Haus entstehen, das den Belangen der Feuerwehr Rechnung trägt. Über den Kostenrahmen müsse man aber noch sprechen. Deshalb solle zunächst ein Ansatz für Planungsmittel eingestellt werden, um Grund zu machen.

##### OB Dr. Zinell:

Die Stadt müsse in dem aufgezeigten Zeithorizont eine Lösung schaffen. Der Pachtvertrag über das bisherige Feuerwehrgerätehaus laufe aus. Eine Streichung von Mitteln wäre reine Kosmetik. Es handle sich um eine Pflichtaufgabe.

##### StR Flaig:

Man wünsche sich eine Planungsgrundlage und eine exaktere und verlässlichere Kostenberechnung. Die Ansätze für die Maßnahme seien im Haushaltsentwurf bis auf 1000 € genau angesetzt worden, ohne dass man genauer wisse, wie das Gebäude aussehen soll.

##### OB Dr. Zinell:

Man müsse im Planungshorizont etwas machen. Man habe sich andere Häuser angeschaut und die Schätzung auch auf der Basis der Kosten dieser Lösungen angestellt. Möglicherweise könne man die Maßnahme günstiger realisieren und die Beträge dann auch reduzieren. Sicher sei allerdings, dass man einen erheblichen Betrag brauche.

##### StR Neudeck:

Auch die Fraktion Freie Liste habe sich an diesen Zahlen gestoßen. Man tue sich schwer, die Hand zu heben für ein Feuerwehrgerätehaus für 4,3 Mio. €. Die Summe schrecke ihn ab. Er habe zu wenig Information für eine Entscheidung.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

#### Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27

---

§ 84, 18. Seite

OB Dr. Zinell:

Man könne Ansätze auch streichen. Wenn man aber diese Mittel dann für andere Projekte verplane, mache man sich etwas vor.

Herr Krause:

Bei der Schätzung habe es in der Tat viele Unwägbarkeiten gegeben, weil die Grundlagen nicht umfassend geklärt gewesen seien. Es handle sich also um eine sehr grobe Schätzung. Es könne sich durchaus eine Veränderung im Bereich von einer halben Mio. € oder noch mehr ergeben. Dies sei allerdings nicht verlässlich. Man sei deshalb eher an den oberen Level gegangen.

OB Dr. Zinell:

Es gehe darum, in der mittelfristigen Finanzplanung aufzuzeigen, dass eine nicht unwesentliche Summe bereitgestellt werden müsse. Was die Kosten anbelangt, verweist er auf das Beispiel des Neubaus in Oberndorf.

StR Banholzer:

Es gehe nicht darum, Geld anderweitig auszugeben. Man tue sich einfach schwer mit diesem hohen Betrag. Er möchte nicht jetzt schon einen Kostenrahmen vorgeben, der dann auch von Planern ausgefüllt werde.

OB Dr. Zinell:

Er habe kein Problem damit, wenn Ausgaben für den Bau aus der mittelfristigen Planung herausgenommen werden, wenn die Mittel nicht anderweitig verplant würden.

StR Bauknecht:

Die Situation in Oberndorf sei mit Sulgen nicht ganz vergleichbar.

OB Dr. Zinell:

zeigt auf, dass der Neubau in Oberndorf durchaus als Anhaltspunkt dienen könne.

StR Fahrner:

Es gehe um die mittelfristige Finanzplanung, wo sich noch vieles ändere. Wenn man das Geld nicht für andere Projekte ausgeben will, solle man die Planung belassen.

StR Brantner:

schlägt vor, die Mittel für die Planung einzustellen.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:

In 2009 sollen 100.000 € für vorbereitende Planungen und in 2010 dann 240.000 € für die Ausführungsplanung veranschlagt werden. Die übrigen Positionen sollen gestrichen werden.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 19. Seite

#### **2151.0106**

##### StR Bauknecht:

stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, die Sanierung des Schulhofes der GHWRS Sulgen vorzuziehen auf das Jahr 2009 und hierfür im Haushalt 435.000 € zu veranschlagen. Man werde Vorschläge für Einsparungen machen, wenn die entsprechenden Positionen aufgerufen würden.

##### OB Dr. Zinell:

Auch wenn die Mittel für 2009 eingesetzt würden, sei das Projekt 2009 nicht umsetzbar, weil zunächst noch vorbereitende Maßnahmen (z.B. Abwassermaßnahmen und Bau von Ersatzparkplätzen) erforderlich seien.

##### StR Fahrner:

Die Notwendigkeit der Maßnahme und auch der Gesamtbetrag seien unstrittig. Man solle aber auch prüfen, ob die Ausführung nicht modulartig in Teilschritten erfolgen könne.

##### StR Neudeck:

bestätigt die Notwendigkeit und die Tatsache, dass die Neugestaltung schon seit Jahrzehnten ein Anliegen sei. Man solle also die Mittel einstellen. Wenn man jetzt die Neugestaltung beschließe und so schnell als möglich umsetzen wolle, werde die Umgestaltung wegen der nötigen Vorleistungen ohnehin frühestens 2010 kommen.

##### StR Richter:

fragt nach den Einsparvorschlägen der CDU-Fraktion an anderer Stelle.

##### StR Banholzer:

Man stelle beispielsweise den Ansatz von 250.000 € für die Anlage eines provisorischen Parkplatzes auf dem ehemaligen Firmengelände der Firma Haas und auch den Ansatz von 850.000 € für Bebauungspläne in Frage. Es gebe beispielsweise auch Ansätze in Höhe von 10.000 € für den Bereich Weihermoos, ohne dass ein Ansatz für die Ausführung von Maßnahmen enthalten sei. Er schlägt vor, das Thema zu verschieben und am Schluss, wenn die Einsparungen klar seien, nochmals aufzurufen. Der Fraktion sei es wichtig, dass das Vorhaben in die Planung hineinkomme. Die Schüler, die sich bei einem Planungsprojekt zur Gestaltung des Schulhofes beteiligt hätten, würden bald aus der Schule entlassen. Eine Aufsplittung des Betrags sei denkbar. Mit einem modulartigen Ausbau habe er Probleme. Anzusprechen sei auch das Thema Ersatzparkplätze. Man habe in den vergangenen Jahren im Umfeld etliche neue Parkplätze geschaffen.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 20. Seite

#### **2300.0105**

StR Bauknecht:

Es gehe hier um dieselbe Problematik wie beim vorhergehenden Punkt. Er stellt den Antrag für das Jahr 2009 für Planungen zur Neugestaltung des Schulhofes des Gymnasiums 50.000 € zu veranschlagen und für die Folgejahre Mittel für die Umsetzung.

StR Himmelheber:

fragt nach einem Finanzierungsvorschlag.

OB Dr. Zinell:

Wenn man Planungskosten veranschlage, müsse man auch die Gefahr eingehen, dass die Maßnahme nicht zeitnah umgesetzt werden könne, wenn die Finanzlage der Stadt es dann nicht ermögliche. Man solle für die Umsetzung in den Folgejahren auch hier keine Phantasiezahlen einsetzen.

StR Bauknecht:

erklärt sich mit dem Vorschlag von OB Dr. Zinell einverstanden.

StR Neudeck:

Es mache Sinn, Mittel einzustellen, auch um den politischen Willen zur Neugestaltung zu zeigen.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:

Für die Neugestaltung des Schulhofes des Gymnasiums sollen für das Jahr 2009 Planungsaufwendungen in Höhe von 50.000 € veranschlagt werden.

#### **3210.0103**

StR Neudeck:

kritisiert die Ansätze für die Einrichtung des Stadtarchivs im ehemaligen Gebäude der Stadtwerke. Wenn er die Ansätze alle zusammenzähle, würden sich Aufwendungen in Höhe von 300.000 € ergeben, die in ein Gebäude investiert werden sollen, das vor 15 Jahren saniert worden sei.

Herr Krause:

Die Maßnahmen seien auch hier noch nicht so fixiert, dass eine Grundlage für eine Kostenberechnung gegeben wäre.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

#### Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27

---

§ 84, 21. Seite

OB Dr. Zinell:

erläutert, dass man den neuen Archivar, der in Bälde seinen Dienst antritt, mit seinem Sachversand in die Umgestaltung einbeziehen wollte. Insofern wäre es sinnwidrig gewesen, bereits konkrete Planungen anzustellen. Er erläutert, dass eine archivspezifische Ausstattung erforderlich sei.

Frau Rebmann:

erläutert die Kalkulation für die Ausstattung.

Herr Krause:

erläutert, dass das Archiv vermutlich auch erhebliche technische Anforderungen habe werde, etwa im Hinblick auf Brandschutz und Klimatisierung.

StR Flaig:

fragt an, ob die Planungsmittel in Höhe von 21.900 € auf der Haushaltsstelle 3210.0102 verbraucht seien.

OB Dr. Zinell:

Die Mittel seien nicht verbraucht worden.

#### **4601.0105**

StR Hettich:

stellt den Antrag, die Baukosten für den Jugendtreff Talstadt von 295.000 € auf 250.000 € zu reduzieren. Man solle hier den Rahmen enger setzen, wie dies auch bei anderen Projekten schon angesprochen worden sei.

StR Rohrer:

unterstützt den Antrag. Wenn ein bestimmter Betrag zur Verfügung stehe, werde dieser auch ausgegeben

OB Dr. Zinell:

Wenn etwas gebaut werde, erfolge dies auf der Grundlage eines Beschlusses des Gemeinderats.

StR Fahrner:

Bevor man über die Kürzung abstimme, müsse man wissen, wie man auf den Betrag für die Baukosten gekommen sei.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

#### Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27

---

§ 84, 22. Seite

OB Dr. Zinell:

Wenn man noch keine Konzeption habe, erfolge eine Schätzung auf der Basis der Kubatur.

StR Fahrner:

sieht keine Einsparung, wenn die Kostenschätzung den Wert von 295.000 € ergebe und eine solche Maßnahme nur den Zweck habe, die Finanzierung anderer Maßnahmen darzustellen.

StR Banholzer:

Wenn man eine bestimmte Summe in den Haushalt einstelle, dann werde diese Summe in der Regel auch ausgegeben. Man solle deshalb den Rahmen etwas enger setzen. Er ist überzeugt, dass sich auch bei diesem Kostenrahmen eine gute Lösung realisieren lässt.

StR Richter:

ist dagegen, dass gekürzt werden soll. Der offenen Jugendarbeit komme mehr Bedeutung zu. Man solle die Ausgaben nicht zu niedrig ansetzen.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:

Die Baukosten sollen auf 250.000 € gekürzt werden.

#### **4642.0102, 4643.0102, 4645.0105**

StR Dr. Winter:

bittet um Erläuterung der Baukosten für die Kindergärten Eckenhof, Seilerwegle und Don Bosco

Herr Krause:

erläutert die vorgesehenen Maßnahmen. Es handle sich nur teilweise um Aufwendungen zur Umsetzung des Orientierungsplanes. Beim Kindergarten Eckenhof betrage dieser Teil nur rund 20%. Die restlichen Mittel würden für Sanierungsmaßnahmen aufgewendet.

OB Dr. Zinell:

verweist darauf, dass die Gebäude in die Jahre gekommen seien. Man habe in den letzten Jahren erhebliche Zuschüsse für die Sanierung kirchlicher Kindergärten gewährt. Die eigenen Kindergärten seien nicht auf diesem Stand.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 23. Seite

StR Banholzer:

Herr Krause habe erläutert, dass in den Maßnahmen auch eine Fenstersanierung einkalkuliert worden sei. Für Gebäudeunterhaltung seien zudem 30.000 € angesetzt. Er fragt an, ob da Mittel versteckt werden sollten.

OB Dr. Zinell:

verweist auf die von StR Brantner eingangs angesprochene Abgrenzungproblematik. Es sei keine böse Absicht zu unterstellen.

#### **4647.0102**

StR Flaig:

Die Planung sehe vor, dass in einem Jahr die Planung und die komplette Umsetzung einschließlich Einrichtung erfolgen soll. Er fragt, ob dies realistisch sei.

Herr Kammerer:

Die Maßnahme solle in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses angesprochen werden. Man habe das Ziel, dass die Kinderkrippe bis zum Beginn des nächsten Kindergartenjahres zur Verfügung stehe.

Es besteht Konsens, dass dieser Ansatz im Hinblick auf die Beratung im Verwaltungsausschuss offen bleibt.

#### **5620.0108**

StR Neudeck:

stellt den Antrag, dass für das Stadion Sulgen für das Jahr 2010 Planungsmittel eingestellt werden. Der Bernecksportplatz sei jetzt fertig gestellt. Für den Umbau des Platzes in Tennenbronn gebe es eine Zusage. Nun sei Sulgen dran.

OB Dr. Zinell:

verweist auf seine Haushaltsrede, in der das Thema ebenfalls angesprochen sei. Er könne sich vorstellen, dass man die Planungsmittel für 2010 einstelle aber ohne Zusage für eine Umsetzung.

StR Fahrner:

Er könne dem folgen, wenn der Rausteinsportplatz in das Konzept einbezogen werde und auch die Notwendigkeit des Rausteinsportplatzes unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit geprüft werde.



## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 24. Seite

OB Dr. Zinell:

zeigt den Bedarf für den Rausteinsportplatz auf. Es sei auch weiter dringender Bedarf für den Erhalt des Rausteinsportplatzes gegeben.

StR Flaig:

Man stimme dem Antrag auch ohne das Junktim Rausteinsportplatz zu.

OB Dr. Zinell:

regt an, den Rausteinsportplatz hinsichtlich spezifischer Nutzung mit zu betrachten.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Für die Sanierung des Stadions Sulgen sollen in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2010 Planungskosten in Höhe von 50.000 € eingeplant werden.

#### **6100.0101 Bebauungspläne und Verkehrsuntersuchungen**

StR Banholzer:

Die veranschlagten Beträge hätten in den vergangenen Jahren nicht umgesetzt werden können. Für Bebauungspläne habe man nun 850.000 € veranschlagt. 350.000 € hätten neu verplant werden müssen, weil die Mittel in den vergangenen Jahren nicht umgesetzt worden seien. In den Folgejahren seien deutlich geringere Beträge veranschlagt. Er beantragt den Ansatz für das Jahr 2009 auf 600.000 € zu reduzieren. Dies sei mehr als im vergangenen Jahr verbraucht worden sei.

Herr Rosenbohm:

Die Stadt wisse nicht, was von außen an Planungsbedarf auf sie zukomme. Man habe im vergangenen Jahr auch Haushaltsreste abgearbeitet. Er erläutere im Folgenden Umfang und voraussichtliche Aufwendungen anstehender Planungen. Man werde mit 600.000 € definitiv nicht auskommen.

StR Banholzer:

In den Folgejahren wolle man mit deutlich weniger Mitteln auskommen

Herr Rosenbohm:

verweist darauf, dass für die Folgejahre noch keine Prognose angestellt werden könne hinsichtlich der dann erforderlich werdenden Planungen.

StR Roth

fragt an, ob die Neuverplanung in Höhe von 350.000 € im Betrag von 850.000 € enthalten sei.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 25. Seite

Herr Rosenbohm:  
bestätigt dies.

OB Dr. Zinell:  
verweist darauf, dass eine Kürzung nur in der Theorie vorgenommen werden könne. Die Praxis könne einen leicht einholen, wenn sich von außen her Planungsbedarf ergebe.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:  
Der Haushaltsansatz für Bebauungspläne soll für das Jahr 2009 auf 600.000 € reduziert werden.

#### **6100.0101 Verkehrsuntersuchungen**

StR Banholzer:  
stellt den Antrag, den Ansatz von 200.000 € auf 150.000 € zu reduzieren.

Herr Rosenbohm:  
erklärt, dass man in diesem Betrag auch Aufwendungen für die Ortsumgehung Sulgen eingeplant habe, mit der man sich im Zusammenhang mit der Planung von Gewerbeflächen zu beschäftigen habe.

StR Flaig:  
bittet künftig um mehr Klarheit und eine aussagefähige Erläuterung der Ansätze.

OB Dr. Zinell:  
erläutert Absicht und Notwendigkeit der Planung.

StR Banholzer:  
zieht den Antrag unter dem Aspekt Ortsumgehung Sulgen zurück.

#### **6100.0102 Ökokonto Weihermoos 2.BA**

StR Schneider:  
hinterfragt den Umstand, dass für Planungen 105.000 € veranschlagt werden sollen.

Herr Rosenbohm:  
Die Maßnahme sei bereits ausgeführt. Man brauche in der Tat keine Mittel mehr für die Planung. Er vermutet einen Übertragungsfehler.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 26. Seite

Es besteht Konsens, dass der Ansatz in Höhe von 105.000 € gestrichen wird.

#### **6100.0102 Ökokonto Pferschelwies**

StR Flaig:

vermutet, dass auch bei dieser Position ein Übertragungsfehler vorliege.

Herr Rosenbohm:

sagt zu, den Ansatz zu überprüfen.

Es besteht Konsens, dass die Ansätze für das Ökokonto Pferschelwies in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik beraten werden sollen.

#### **6300.0230**

StR Banholzer:

fragt an, ob es Sinn mache, die Maßnahme in zwei Abschnitten durchzuführen oder ob es nicht sinnvoller sei, etwas zuzuwarten, dann aber die Maßnahme in einem Zug umzusetzen.

Herr Rosenbohm:

erläutert die Maßnahmen. Es handle sich um zwei separate Maßnahmen.

#### **6300.0226**

StR Banholzer:

Für die Folgejahre seien für den Umbau des Etter-Brunnen keine Mittel mehr veranschlagt. Er fragt, ob die Maßnahme aus laufenden Mitteln finanziert werde.

OB Dr. Zinell:

Die Maßnahme werde noch dieses Jahr mit dem Haushaltsrest umgesetzt.

#### **6300.0245**

StR Flaig:

Die Aufwendungen für die Sanierung der Fußgängerzone seien nach seiner Ansicht noch offen. Aus seiner Sicht stellten die vorgesehenen Beträge die Obergrenze dar.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 27. Seite

OB Dr. Zinell:

verweist auf den Ausbau von Fußgängerzonen in anderen Städten. Die Ausführung solle funktional und wirtschaftlich sein.

StR Himmelheber:

Nach den Planungen, die im Ausschuss für Umwelt und Technik vorgestellt worden seien, müsse man wohl eher davon ausgehen, dass man sich mit dem Ansatz am unteren Ende bewege.

#### **6700.0102**

StR Richter

verweist auf seinen Antrag, dass auch Buswartestellen und insbesondere Buswarte-häuschen ausreichend beleuchtet werden sollten.

Herr Rosenbohm:

sagt zu, dass dieses Anliegen im Zuge der Konzeption bearbeitet werden soll.

#### **6300.0101 Masten Talstadtzufahrten für Transparente**

StR Banholzer:

Wenn er Prioritäten zu setzen habe zwischen dieser Maßnahme mit einem Aufwand von 30.000 € und der Sanierung von Schulhöfen, falle die Entscheidung eher zu Gunsten der Schulhöfe.

OB Dr. Zinell:

Vereine hätten Bedarf an Werbeflächen angemeldet. Besonders effizient sei die Bannerwerbung an den Stadteingängen. Derzeit habe man einen hohen Aufwand, wenn der Bauhof mit Hubsteiger Banner aufhängen müsse. Dieser Aufwand werde den Vereinen in Rechnung gestellt. Man plane nun eine Einrichtung, mit der Banner wie an Fahnenmasten hochgezogen werden können.

#### **6900.0106**

StR Banholzer:

bittet um Erläuterung der Notwendigkeit des Umbaus der Wasserentnahme für das Heiß-Bächle an der Schiltach.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

#### Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27

---

§ 84, 28. Seite

Herr Rosenbohm:

erläutert die Maßnahme und die Problematik der Konstruktion, die neu gestaltet werden müsse.

#### **6300.0102 Projekt Wegweisung**

StR Flaig:

fragt nach, was aus diesem Projekt geworden sei.

OB Dr. Zinell:

erläutert den Stand der Dinge. Der HGV habe die Beschilderung der Gewerbegebiete übernommen. Dieser Teil des Projekts gestalte sich schwieriger.

StR Flaig:

fragt an, ob Haushaltsreste ins Folgejahr zu übertragen seien.

OB Dr. Zinell:

bestätigt dies.

#### **6155.0101**

StR Flaig:

fragt nach, inwieweit die Haushaltsansätze berechtigt seien.

Herr Weisser:

Die Haushaltsansätze seien berechtigt. Er verweist auf die geplante Beratung des Themas in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 27.11.2008.

#### **6156.0101**

StR Dr. Winter:

fragt nach dem Bedarf für einen Parkplatz auf dem Areal des ehemaligen Firmengrundstücks der Firma Haas.

OB Dr. Zinell:

Nachdem man derzeit keinen anderen Zweck für das Areal habe, solle man es vorübergehend einer anderen Nutzung zuführen. Geplant seien Parkplätze. Die Gebäude abzurechen, um dann eine Brachfläche zu haben, sei auch nicht sinnvoll.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 29. Seite

StR Dr. Winter:

Wenn man keinen ausreichenden Bedarf für Parkplätze habe, solle man die Maßnahme nicht durchführen. Der Aufwand sei horrend.

StR Banholzer:

Er gehe davon aus, dass die Nutzung als Parkplatz nicht dauerhaft vorgesehen sei. Angesichts dieses Umstandes sei der Aufwand von 250.000€ nicht zu rechtfertigen.

OB Dr. Zinell:

Manche Provisorien hätten eine lange Dauer. Er verweist beispielsweise auf den Berneckparkplatz. Er bitte abzuwarten, bis das Konzept für das Gebiet und auch das Ergebnis der Bürgerbefragung vorliege. Bevor man baue, habe der Gemeinderat ohnehin noch zu entscheiden.

StR Flaig:

fragt, ob der Ansatz von 579.000 € für private Maßnahmen realistisch sei oder ob die Möglichkeit der Kürzung gegeben sei.

Herr Peter Weisser:

Es handle sich um eine Maßnahme, die konkret angemeldet worden sei. Weitere Maßnahmen seien nicht eingeplant. Man habe bereits einen Zuschussantrag beim Regierungspräsidium gestellt. Die Umsetzung der Maßnahme hänge noch davon ab, ob von dort Zuschüsse gewährt würden.

#### **7900.0101 Infrastrukturkonzept**

StR Flaig:

bitte um Erläuterung des Ansatzes in Höhe von 50.000 €.

Frau Rebmann:

Es gehe um die Ausarbeitung eines Tourismuskonzepts unter Einbeziehung von Tennenbronn.

#### **7910.0101**

StR Flaig:

bittet um Erläuterung des Ansatzes.

Herr Moser:

erläutert den Ansatz und das Projekt zur Verbesserung der Breitbandversorgung.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 30. Seite

#### **8400.0101**

StR Hettich:

bittet um Erläuterung des Ansatzes.

Frau Boxler:

erläutert einzelne vorgesehene Maßnahmen und die Notwendigkeit der Verplanung von Mitteln für Unvorhergesehenes.

Herr Krause:

erläutert den Ansatz für Gebäudeunterhaltung.

StR Banholzer:

Die Antwort von Frau Boxler befriedige nicht.

Frau Boxler:

erläutert die Maßnahmen eingehender. Man habe pauschale Beträge vorgesehen.

StR Banholzer:

wendet sich gegen Pauschalierungen.

StR Hettich:

beantragt nähere Information in nicht-öffentlicher Sitzung.

StR Flaig:

Er habe Probleme damit, dass für die Außenbewirtung 100.000 € veranschlagt werden sollen.

Herr Krause

erläutert den Ansatz.

StR Klaussner

Man habe bei der Villa Junghans die Problematik, dass man Treppen überwinden müsse. Er habe schon früher darum gebeten, Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen.

Herr Krause:

Maßnahmen, wie etwa der Einbau von Treppenliften, seien sehr aufwändig.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 31. Seite

#### **8401.0101**

StR Hettich:

sieht auch hier Erklärungsbedarf.

Frau Boxler:

Man habe hier keine konkreten Maßnahmen vorgesehen. Es gehe lediglich um einen Haushaltsansatz für Unvorhergesehenes.

#### **Erweiterung und Sanierung Hallenbad**

StR Flaig:

stellt den Antrag, dass die Umwandlung eines inneren Darlehens in Eigenkapital der Stadtwerke Schramberg im Hinblick auf das Bäderprojekt berücksichtigt wird. Dies soll unter der Prämisse erfolgen, dass solches im nächsten Jahr dann auch benötigt wird.

Herr Hug:

Wenn das Vorhaben umgesetzt werde, müsse man sich um das Eigenkapital Gedanken machen, weil 30% Eigenkapital notwendig seien. Eine Verplanung sei aber jetzt nicht erforderlich. Die Entscheidung sei zu treffen, wenn man die Sachentscheidung über das Bad treffe.

StR Flaig:

fragt nach, ob man die Umwandlung auch unterjährig vornehmen könne, auch wenn dies im Haushalt nicht dargestellt sei.

Herr Hug:

bestätigt, dass die Umwandlung auch dann unterjährig machbar sei.

#### **2151.0106**

OB Dr. Zinell:

empfiehlt die Beratung über die Veranschlagung von Haushaltsansätzen für die Umgestaltung des Schulhofes der GHWS Sulgen in die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik zu verschieben. In der Sitzung könnten dann auch die einzelnen Schritte genauer dargestellt und beziffert werden.



## **STADT SCHRAMBERG**

### **Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008**

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 84, 32. Seite

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Haushaltsentwurf wird mit den beschlossenen Änderungen festgestellt. Ausgenommen sind die Positionen, die zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen wurden.

## **STADT SCHRAMBERG**

### **Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008**

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 85

#### **Bildung eines Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahl 2009**

##### **Beratungsgrundlage Nr. 215/2008**

Der Gemeinderat wählt zusätzlich zu den in der Sitzung am 16.10.2008 bestimmten Mitgliedern und Stellvertretern einstimmig:

Frau Eva Richter als Beisitzerin im Gemeindewahlausschuss und Frau Elke Brezger als Stellvertreterin der Beisitzerin im Gemeindewahlausschuss

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 86, 1. Seite

#### **Bäderprojekt**

#### **Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 227/2008**

##### OB Dr. Zinell:

Der Beschlussvorschlag soll dahingehend präzisiert werden, dass mit dem 9.3.2009 bereits ein konkreter Termin für die Bürgerversammlung beschlossen werden soll. Als Ort solle die Turn- und Festhalle Sulgen vorgesehen werden.

##### StR Flaig:

bittet, dass der Ältestenrat in die Vorbereitung der Bürgerversammlung einbezogen werden soll.

##### StR Bauknecht:

Nachdem das Thema auch Jugendliche anspreche, soll als spätester Beginn der Bürgerversammlung 19.00 Uhr vorgesehen werden, um Jugendlichen die Teilnahme zu ermöglichen.

##### Herr Kälble:

erläutert die Vorlage, die bisherigen Überlegungen sowie eine neue Planungsvariante des Büros Schick und Partner.

##### OB Dr. Zinell:

Es gehe nun nicht darum, über eine Planung abzustimmen. Vielmehr wolle man nun das Thema in die öffentliche Diskussion bringen.

##### StR Flaig:

fragt nach dem Abmangel bei der vorgestellten Lösung mit Baukosten in Höhe von 6,9 Mio. €.

##### Herr Kälble:

Das sei noch nicht berechnet.

##### StR Flaig:

fragt nach, wie sich der steuerliche Querverbund auswirke und ob dieser Bestand haben werde.

##### Herr Kälble:

Der steuerliche Querverbund sei derzeit deutlich gefestigter als noch vor einigen Jahren. Es bleibe also die Möglichkeit der Verrechnung von Gewinnen und Verlusten.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 86, 2. Seite

StR Fahrner:

Beim Vortrag von Herrn Kälble sei eine Variante unterschlagen worden. Bei der Bürgerversammlung solle auch die Variante 4 zur Diskussion gestellt werden.

StR Hettich:

Variante 5 sei von der Kubatur her kleiner. Dies müsste sich auch bei den Betriebskosten (z.B. Energie) bemerkbar machen.

Herr Kälble:

bestätigt dies dem Grunde nach. Er könne allerdings über den Umfang der Betriebskosten aus dem Stand heraus nichts sagen. Insgesamt sei das Thema der Betriebskosten schwer zu fassen, da diese von verschiedenen Parametern abhängig seien, so etwa auch von den Öffnungszeiten.

StR Himmelheber:

Bei den Baukosten handle es sich um Schätzungen aus heutiger Sicht. Es stelle sich doch die Frage, was noch dazu komme. Das Bad in Hüfingen beispielsweise sei um 20% teurer geworden.

Herr Kälble:

Die Planer hätten die Vorgabe, die Kosten einzuhalten. Das Büro Schick und Partner habe die Aussage getroffen, dass es zu diesen Kosten bauen könne. Man müsse das Büro darauf verpflichten. Im Moment seien die Baupreise eher im Sinken begriffen.

StRin Pfundstein:

Bei der Bürgerversammlung sollten auch die Varianten 4 und 5 vorgestellt werden. Sie fragt nach, wie die Bürgerschaft bei der Bürgerversammlung mit einbezogen werden solle. Nur das Projekt und die Planungsvarianten vorzustellen, sei zu wenig. Es sei deshalb notwendig bereits im Vorfeld umfassend über das Projekt und die Varianten zu informieren. Zur Planung an sich sei zu sagen, dass man auch auf die Nutzer schauen solle. Sie verweist auf den demografischen Wandel und die zu erwartende höhere Nutzung des Bades durch ältere Menschen. Bei den bisherigen Konzepten sei darauf geachtet worden, geräuschintensive Bereiche von anderen zu trennen.

Herr Kälble:

Zur breiteren Information könnte die Projektgruppe nochmals einberufen werden.

StRin Pfundstein:

Ihr sei wichtig, dass auch die Allgemeinheit umfassend informiert werde.

## STADT SCHRAMBERG

### Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. November 2008

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 86, 3. Seite

OB Dr. Zinell:

unterstützt dies. Man müsse in der Allgemeinheit auch deutlich machen, dass manches in der Zukunft nicht mehr möglich sei, wenn dieses Projekt zu finanzieren sei.

StR Bauknecht:

verweist auf die Finanzmarktkrise. Die Baukosten seien derzeit im Sinken begriffen. Auch Kredite seien im Moment eher günstig. Hinsichtlich der Finanzbelastung komme es nicht unwesentlich darauf an, wann man baue. In den nächsten Jahren hätte man angesichts der aktuellen Entwicklung mutmaßlich nicht das Problem, dass Baukosten nicht einzuhalten seien.

StR Dr. Heinrich:

schlägt vor, dass das Projekt und die Planungsvarianten in Vorbereitung auf die Bürgerversammlung umfassend im Internet vorgestellt werden sollen. Die Präsentation solle intensiv in der Presse beworben werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung am 9.3.2009 in der Turn- und Festhalle Sulgen eine Bürgerversammlung vorzubereiten, in der das Projekt Hallenbad im Kontext anderer wichtiger Investitionsvorhaben der Stadt und den Möglichkeiten der mittelfristigen Finanzplanung vorgestellt und diskutiert werden soll.

**Stadt Schramberg**

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates  
am 13. November 2008**

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 87

**Einwohnerfragestunde**

Hier wird das Wort nicht gewünscht.

**STADT SCHRAMBERG**

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates  
am 13. November 2008**

**Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 27**

---

§ 88

**Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen**

keine

## Anlage 1

# HAUSHALTSREDE 2009 des Oberbürgermeisters

**Gemeinderat am 13.11.2008**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

*Sperrfrist bis 13.11.2008 – 16 Uhr*

Anrede

### **UNSICHERE ZEITEN**

„Unsichere Zeiten“ lautete das Motto des Deutschen Soziologentages 2008 in Jena. Und mit „Unsichere Zeiten“ könnte auch unsere Haushaltsplanung für die nächsten Jahre überschrieben werden. Schon seit längerem zeichnete sich für uns ab, dass den finanzpolitisch „fetten Jahren“, um es biblisch auszudrücken, nun „magere“ folgen könnten. Dies war auch Anlass für uns, in der bereits 2007 angeregten und dann im September dieses Jahres durchgeführten nichtöffentlichen Klausurtagung des Gemeinderates die für die Verwaltung abschätzbaren Risiken bei der Haushaltsplanung aufzuzeigen. Damit wollten wir auch der gelegentlich geäußerten Auffassung, „Geld spielt keine Rolle“, entgegenwirken.

Ohne überflüssige Aufgeregtheit und ohne „schwarz malen zu wollen“, identifizierte unsere Risikoanalyse folgende, hier holzschnittartig wiedergegebenen wesentlichen Problemfelder:

Verlust von Finanzzuweisungen durch eine weiterhin negative Einwohnerentwicklung

Sinkende Einnahmen aus Konzessionsabgabe und Gewinnausschüttung der Stadtwerke

Konjunkturell bedingte Verringerungen der Finanzzuweisungen des Landes

Geringere Einkommens- und Umsatzsteueranteile aus demselben Grund

Zurückgehende Erträge aus der Gewerbesteuer

Noch nicht bezifferbare Einnahmeausfälle aufgrund des geplanten Konjunkturprogramms der Bundesregierung

Inzwischen scheinen unsere Annahmen überholt. Insbesondere die Finanzmarktkrise und die Krise der Realwirtschaft verursachen ein deutlich düsteres Krisenszenario, wie von uns bei der Abfassung des Haushaltsplanentwurfs prognostiziert. Unsere wirtschaftliche Stärke, die nicht zuletzt auf der Zulieferung vieler Schramberger In-



dustriebetriebe zur Automobilindustrie beruht, verkehrt sich nun möglicherweise in eine Schwäche. Die Krise der Automobilbranche ist inzwischen auch in Schramberg angekommen, teilweise mit drastischen Auftragsrückgängen, mit Kurzarbeit und dem beginnenden Abbau von Arbeitsplätzen. Wie sich die Krise der Automobilindustrie und die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt nun ganz konkret in Schramberg auswirken werden, vermag derzeit niemand verlässlich zu sagen. Allerdings rechnen Experten mit einer richtigen Erholung der Automobilbranche erst in drei Jahren und bis dahin mit einer Zeit, die „sehr schmerzvoll“ sein soll.

## FAHREN AUF SICHT

Unabhängig von der aktuellen und in Zahlen noch nicht einschätzbaren Entwicklung, gingen wir bei der Planung des Haushaltes 2009 und insbesondere auch bei der mittelfristigen Finanzplanung davon aus, dass uns der Ausgleich der Haushalte in den nächsten 4 Jahren mit unterschiedlich hohen Zuführungsraten aus dem Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt gelingen wird. Ferner wurde darauf geachtet, dass, wie vom Regierungspräsidium in den Haushaltserlassen der letzten Jahre gefordert, die Verschuldung im kameralem Bereich nicht „unverhältnismäßig“ steigt. Dabei unterstellten wir, dass sich das ohnedies ambitionierte Investitionsvolumen in den von uns vorgeschlagenen Grenzen bewegen wird.

Unsere Planung war und ist auf Basis der Erkenntnisse bis zum Herbst dieses Jahres, und des nach wie vor gültigen Haushaltserlasses des Landes aufgebaut. Besseres und belastbares Zahlenmaterial liegt uns nicht vor. Allerdings gehen wir nach den uns derzeit bekannten Fakten im Hinblick auf die Gewerbesteuerentwicklung von folgenden Annahmen aus:

Nach Kenntnisstand November 2008 wird sich im laufenden Jahr das Gewerbesteueraufkommen über die Ergebnisse der Zwischenberichte hinaus nochmals erhöhen. Hieraus resultiert dann aber im Finanzausgleich eine weitere Belastung des Verwaltungshaushaltes.

Unter Berücksichtigung zu erwartender Nachzahlungen in 2009 durch gute Betriebsergebnisse in der Vergangenheit und auch im laufenden Jahr bei einigen Betrieben, sehen wir im kommenden Jahr ausfallende oder zurückzuzahlende Gewerbesteuer-einnahmen als kompensierbar an.

Stehen obige Prognosen schon wie bei der „Lottofee“ unter dem Vorbehalt „keine Gewähr“, sind verlässliche Aussagen für 2010 und danach derzeit so gut wie unmöglich. So können wir nicht ausschließen, in 2009 oder 2010 die mittelfristige Finanzplanung den dann bekannten und vermutlich negativen Fakten anpassen zu müssen. Insoweit sehen wir den Kurs der Verwaltung bestätigt, finanzplanerische, wenngleich geringe, Spielräume bewahrt zu haben. Wir wollen, wie ein vorsichtiger Fahrzeuglenker bei „Fahren auf Sicht“, im Notfall auch rechtzeitig bremsen können!

Verschwiegen werden soll aber auch nicht, dass sich für 2009 die Situation durch die angekündigte Senkung der Kreisumlage verbessern wird. Ferner hat auch die Finanzmarktkrise zwei Seiten einer Medaille. So stellen wir bereits jetzt fest, dass zumindest Kommunaldarlehen zu einem deutlich günstigeren Zinssatz zu erhalten sind.

## STEP BY STEP

Mit dem Blick auf das vorgeschlagene Investitionsprogramm kann der aufmerksame Zuhörer unschwer erkennen, dass die bisherigen Ausführungen dem Duktus des „vorsichtigen Kaufmanns“ und nicht dem eines Pessimisten entsprechen, denn mit 17,6 Mio. EUR in 2009 und mit weiteren 30,1 Mio. EUR Euro in den Jahren 2010 bis 2012, kann es in der Tat als ambitioniert bezeichnet werden. Dabei liegen die Risiken nicht allein in der Finanzierbarkeit der Vorhaben, sondern auch in der Last der dauerhaften Folgekosten. Dies wird inzwischen auch am Personalhaushalt deutlich sichtbar. Viele interessante Projekte sind im Verwaltungsentwurf in die Rubrik „nicht verplante Maßnahmen“ gewandert. Diese Liste ist gedanklich meines Erachtens noch um weitere Projekte zu ergänzen:

- um Aufwendungen im Zusammenhang mit einer Neubebauung des Postareals
- Abbau weiterer Defizite im Sportstättenbereich wie Hallendrittel im Tal, leichtathletische Anlagen in Sulgen, Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramm für Schulgebäude
- Modernisierung und Neuanlagen von Spiel- und –Bolzplätzen
- Verbesserung der Freizeitinfrastruktur in Tennenbronn
- Verkehrsinfrastrukturprojekte
- weitere Gewerbeflächen in Sulgen und Tennenbronn
- aber auch die grundsätzliche Sanierung der Infrastruktur des Talstadtfriedhofs,

um nur die Wesentlichen zu nennen. Nicht finanziert sind aber auch Maßnahmen, die sich aus der Schlussfassung des Stadtentwicklungsplanes, kurz STEP genannt, ergeben werden.

Es liegt auf der Hand, dass nicht alles auf einmal in Angriff genommen werden kann und wir, um sprachlich die Kurzfassung des Stadtentwicklungsplanes aufzugreifen, eben Step by Step vorgehen müssen. Dies setzt eine klare Priorisierung voraus, die je nach Sicht der Dinge und eigener Interessenlage selbstverständlich unterschiedlich ausfallen kann.

## DEN WANDEL BEGLEITEN

Für die Verwaltung waren drei Gesichtspunkte zur Auswahl der Projekte entscheidend:

der angenommene Finanzspielraum

die vom Gemeinderat bereits ins Werk gesetzten Maßnahmen

und die Reaktion auf den Wandel in unserer Stadt.

Letzterer bedingt eine ungebrochene Fokussierung auf den Bereich Bildung und Erziehung. Konkret sind dabei Projekte im Schulbereich und der frühkindlichen Erziehung (Kindergärten, Kinderkrippen), aber auch der Familienförderung, mit einem Gesamtinvestitionsvolumen im Planungszeitraum von rd. 4,4 Mio. EUR angesprochen.

Sich auf die Zukunft einzurichten, heißt aber auch, den Strukturwandel in unserer Stadt und den damit verbundenen „Schrumpfungsprozess“ nicht nur zu beklagen, sondern mit geeigneten Maßnahmen zu begleiten. Von diesen Entwicklungen ist insbesondere die Talstadt in einem besonders hohen Maße betroffen, welche Funktionen verloren und teilweise, wenn ich beispielsweise an die Verlagerung der Industrie auf die Höhe denke, an andere Stadtteile abgegeben hat. Um unser kulturelles Zentrum und unser Zentrum des Handels zukunftsfähig zu machen, nutzen wir auch die Möglichkeiten der im Haushalt enthaltenden Sanierungsprogramme. Dazu gehören neben der Neupflasterung von Teilen der Fußgängerzone aber auch Infrastrukturprojekte wie der „Park der Zeiten“ und das Technikmuseum „ErfinderZeiten“, um neue Impulse zu setzen. Impulse, die unter anderem das tagestouristische Angebot verstärken und damit Besucherinnen und Besucher in die Stadt bringen. Von den dadurch zu generierenden Umsätzen im Handel, der Gastronomie und der Dienstleistungen profitiert die gesamte Stadt! Wer diese Wechselwirkungen verkennt, hat verlernt, in Zusammenhängen zu denken!

Trotzdem werden dadurch die anderen Stadteile nicht vernachlässigt. In Waldmössingen schlagen wir die Teilerschließung des Wohnbaugebietes „Holderstauden/Seele“, in Sulgen als Pflichtaufgabe der Stadt beispielsweise eine zwar aufwändige, aber notwendige neue Unterbringung der Freiwilligen Feuerwehr vor. In Tennenbronn sind nach dem Entwurf in den nächsten vier Jahren insgesamt Investitionen von rd. 4,6 Mio. EUR vorgesehen. Dabei spreche ich natürlich nur vom kameraleen Haushalt. Investitionen des Eigenbetriebes der Stadtwerke müssten noch hinzugerechnet werden.

## DOPPELSTRATEGIE DER NACHHALTIGKEIT

Da wir noch ausreichend Zeit haben werden, einzelne Maßnahmen zu bewerten und zu diskutieren, möchte ich zum Schluss die Ausgangsposition unserer diesjährigen Haushaltsplanung zusammenfassen.

Trotz hoher Investitionen in der Vergangenheit gehen wir in einer Position der Stärke in diese Haushaltsberatung. Gute Einnahmen und eine deutliche Haushaltskonsolidierung in der Vergangenheit, die sich meines Erachtens in diesem Maße in der Zukunft nicht wiederholen lässt, haben zu einem nennenswerten Schuldenabbau geführt.

Andererseits verursachen neue Einrichtungen etc. Folgekosten, die dauerhaft verkraftet werden müssen. Inwieweit wir deshalb die im Stellenplan vorgeschlagenen neuen Stellen schaffen können, müssen wir gemeinsam bewerten. Berechtigt, um dies klarzustellen, sind sie allemal.

Bewertet werden müssen in diesem Sinne auch neue Anträge auf Freiwilligkeitsleistungen durch die Stadt, da, unabhängig von der Zuständigkeit der Stadt, nicht garantiert werden kann, diese dauerhaft erbringen zu können. Andererseits gilt die Auffassung unseres früheren Regierungspräsidenten von Ungern-Sternberg nach wie vor, dass der, der „freiwillige Aufgaben opfert, bürgerschaftliches Engagement gefährdet“!

Gleichwohl ist es unter Nachhaltigkeitsbetrachtungen völlig richtig, auch nachfolgenden Generationen durch eine Begrenzung der Verschuldung Spielräume zum eigenen Handeln zu bewahren.

Um ein Beispiel anzuführen: Die Aufnahme eines Kredites von 1 Million EUR bei einer Tilgung über 20 Jahre und einer Verzinsung von 5,5 Prozent belasten die künftigen Haushalte im Durchschnitt um 77.500 EUR jährlich.

Es wäre unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten aber auch verkehrt, als notwendig erkannte Zukunftsinvestitionen, beispielsweise in Bildung und Erziehung, aber auch zur Beseitigung struktureller Defizite, zu unterlassen.

## ABWÄGUNGSPROZESS

Es ist nun unsere gemeinsame Aufgabe, unter Beachtung der unangreifbaren Fakten zwischen unterschiedlichen Zielen zu gewichten und die notwendigen Prioritäten zu setzen. Da die finanzpolitische Zukunft unserer Stadt im Moment noch im Nebel liegt und nur schemenhaft zu erkennen ist, wird diese Aufgabe nicht leicht fallen.

Ich gehe jedoch davon aus, dass wir in der gebotenen und gewohnten Sachlichkeit sowie mit dem notwendigen Verantwortungsbewusstsein in diese Beratungen des Haushaltes 2009 gehen werden. Unterschiedliche Auffassungen im Detail sind natürlich und der Diskurs ist das „Salz in der Suppe“ der Demokratie.

Dennoch erhoffe ich mir, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Zukunft unserer Stadt möglichst eine große Geschlossenheit bei den fundamentalen Entscheidungen. Oder, wie sagte Helmut Kohl: „Wichtig ist was hinten rauskommt“! Es kommt also auf das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit an, oder, um den US-Amerikanischen Jazzer Count Baise zu zitieren: „Wenn die Hirten sich streiten, merkt man es dem Käse an“!

## DANKESCHÖN

Damit möchte ich abschließend zum Dank übergehen.

Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, danke ich für das geduldige Zuhören und das Verständnis, dass ich angesichts der Zäsur, die uns finanzpolitisch ins Haus steht, dieses Jahr meine Haushaltsrede etwas grundsätzlicher angelegt habe.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die viele Arbeit bei der Vorbereitung des Planentwurfes - dieses Jahr durch eine verwaltungsinterne Klausur und eine Klausurtagung des Gemeinderates mit besonders hohem Zeitaufwand.

Der Kämmerei gilt mein herzlicher Dank für die wie jedes Jahr effektive Vorbereitung. Herrn Huber Dank für die Risikoeinschätzung in den Klausuren.

Dieses Jahr kann die Haushaltsplanberatung in gewisser Weise als historisch angesehen werden. Nach heutiger Einschätzung ist es der letzte Entwurf aus der Feder unseres Kämmerers Helmut Hug. Ferner ist es der letzte Haushalt, an dem Herr Fachbereichsleiter Rosenbohm mitgewirkt hat und den er zumindest in Teilen umsetzen wird. Deshalb an beide Führungskräfte ein besonderes Dankeschön!!

Jetzt bitte ich Herrn Hug, meine Ausführungen durch einige Eckdaten des Haushaltes 2009 zu ergänzen beziehungsweise zu präzisieren.